

Globe Invest-Krimi: Harte Kritik an den Ermittlungen

23.08.2010 | 00:29 | KID MÖCHEL (Wirtschaftsblatt)

Rund 3700 geschädigte Anleger der insolventen Sattledter Globe Invest-Gruppe wissen bis heute nicht, wo ihre etwa 34 Millionen € versickert sind.

Zwar wurden schon im Herbst 2008 die ersten Strafanzeigen gegen Globe Invest-Gründer Bernhard Wolschlager & Co. erstattet, im Jänner 2009 hat die Staatsanwaltschaft Wien den Akt (610 St 35/09m) übernommen, aber Insider üben Kritik am langsamen Fortgang des Verfahrens.

"Es ist eine Katastrophe. Ich bin sehr verwundert, dass die strafrechtlichen Erhebungen nicht so vorangehen, wie man sich das im Sinne der geschädigten Anleger und des eigenen Einsatzes erhofft", sagt die engagierte Globe Invest-Masseverwalterin Ulla Reisch, die die Anklagebehörde mit Informationen gefüttert hat.

Zeitlose Ermittlung

Schon seit Monaten liegen Fakten und Indizien vor, die die Verdachtslage erhärten.

Im einem Gutachten, das die Masseverwalterin in Auftrag gegeben hat, wurde das Desaster aufgearbeitet.

Kernverdacht: "Es bestehen mehrere sehr konkrete Anhaltspunkte für Vermögensabflüsse zum Nachteil der Gläubiger." Bernhard Wolschlager bestreitet nach wie vor alle Vorwürfe.

Weder Vorstände noch Aufsichtsräte sollen ihrer Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit bzw. ihren Aufsichtspflichten nachgekommen sein.

Die Buchführung war mangelhaft. "Wir stellten fest, dass Kundengelder aus der Begebung von Genussrechten zum Teil für die Auszahlung der Bonds (Anleihen) verwendet wurden, das heißt, Kunden mit Veranlagung in Bonds wurden bevorzugt behandelt", heißt es darin.

"Aufgrund unserer Analysen stellten wir für die Jahre 2006 bis 2008 einen Betrag von rund 30,4 Millionen € an runden Überweisungsbeträgen von der vermögensveranlagenden Tochtergesellschaft GAT FZE (in Ras Al Khaimah bei Dubai) an die Globe Invest AG fest. Beschlossene Dividendenausschüttungen sind anscheinend mit Einzahlungen verrechnet worden." Mehr noch: "Zu den geprüften Jahresabschlüssen 2006 der Globe Invest AG und der GAT FZE liegen auf Basis unserer Erhebungen Sachverhalte vor, die vor allem auf nicht bilanzierte Verluste, fehlerhafte Gewinnrealisierungen und Falschbewertung von veranlagten Kundengeldern hinweisen." So sollen "in den ausgewählten Stichproben 2006 die Aktivposten aus Veranlagungen in der GAT weder mit den korrespondierenden Kontoauszügen der Baader Bank AG noch mit den jeweiligen Anteilen in den Verbindlichkeiten aus Genussrechten in der Globe Invest übereinstimmen".

Weiters stellte die Expertin fest, dass "aufgrund der Fehler bei der Ermittlung der Indexwerte, sprich der Außerachtlassung der negativen Marktwert der Derivate, einzelnen Genussrechtskreisen zu hohe Performance Fees angelastet und laufend zu hohe Verwaltungsgebühren verrechnet" wurden. So sollen Gelder einzelner Genussrechtskreise in andere durch die Gesellschaft begebene Genussrechts investiert worden sein. "Dadurch sind mehrfach Verwaltungsgebühren angefallen und folglich eine mehrfache Kostenbelastung für die Anleger", heißt es weiter.

"Es ist ein Skandal, es gibt verantwortliche Personen, gegen die es massive Verdachtsmomente gibt, aber es wird keine U-Haft wegen Verdunkelungsgefahr verhängt", sagt Anlegeranwalt Christian Horwath. "Das entbehrt jedem Rechtsverständnis. Im Herbst werden es zwei Jahre und es ist noch nicht viel passiert."

Die Staatsanwaltschaft weist die Vorwürfe zurück, verweist auf den akuten Personalnotstand und auf den Vorrang dringlicher Haftfälle.

© Wirtschaftsblatt.at